

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 95 (2004)
Heft: 8

Rubrik: Notiert = Noté

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Etappenweise Marktöffnung bis 2012?



Alle Kunden sollen die Möglichkeit erhalten, ihren Strom wie bis anhin von ihrem lokalen Energieversorgungsunternehmen zu beziehen oder einen neuen Lieferanten zu wählen (Foto Coop).

(eke) Die Expertenkommission für eine Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO) hat ihren Vorschlag für eine etappenweise Marktöffnung konkretisiert. Ab 2007 sollen Endkunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100 000 kWh ihren Lieferanten frei wählen können. Auch Kleinkunden sollen durch die verbesserte Vergleichbarkeit der Tarife und die Wahlfreiheit der Endverteiler profitieren. Der Übergang zur zweiten Etappe, welche die Marktöffnung für alle Endverbraucher vorsieht, soll nach fünf Jahren erfolgen und dem fakultativen Referendum unterliegen.

Wie die Kommission mitteilte, spricht sie sich für eine etappenweise Umsetzung der Marktöffnung aus. Die Eckwerte der ersten Etappe ab 2007 wurden nun durch eine Untergruppe der Kommission konkretisiert. Demnach sollen Grosskunden mit

einem jährlichen Verbrauch von mehr als 100 000 kWh ihren Lieferanten frei wählen können. Ebenso haben Endverteiler die Möglichkeit, die Energie für ihre festen Kunden frei auf dem Markt zu beschaffen. Die dabei erzielten Rabatte sind an die festen Kunden weiterzugeben. Durch eine getrennte Fakturierung von Energie, Netznutzung und Abgaben soll zudem die Transparenz und Vergleichbarkeit der Tarife gewährleistet werden. Kosten, die im Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit anfallen (Systemdienstleistungen und Haltung von Reservekapazitäten) sollen auf alle Endverbraucher überwälzt werden.

Der Übergang in die zweite Etappe der Marktöffnung soll 2012 erfolgen und dem fakultativen Referendum unterliegen. Mit Einführung der zweiten Etappe erhalten alle Endverbraucher die Möglichkeit, ihren Strom wie bis anhin von ihrem lokalen Energieversor-

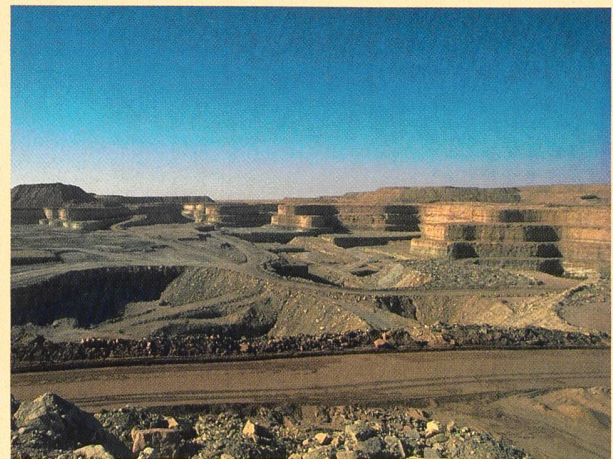
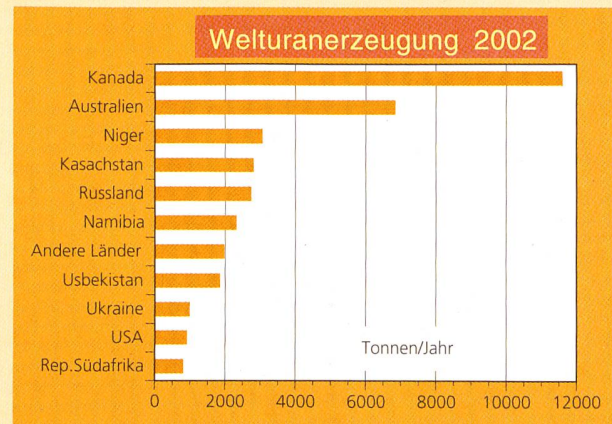
gungsunternehmen zu beziehen oder einen neuen Lieferanten zu wählen. Diese von der Kommission vorgeschlagenen Eckwerte werden in den kommenden Wochen in den Gesetzesentwurf für eine neue Elektrizitätswirtschaftsordnung überführt. Der Gesetzesentwurf wird in der Folge dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zur Bewertung vorgelegt. Departementsvorsteher Moritz Leuenberger wird entscheiden, ob und mit welchen Varianten der Entwurf in die Vernehmlassung gehen soll und dem Bundesrat einen entsprechenden Antrag stellen.

Druck für eine neue Elektrizitätsmarktordnung

(ef/pd) Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK) hat am 23. Februar 2004 sowohl die parlamentarische Initiative Speck wie auch die Motion Ständerat unter dem Titel «Elektrizitätsmarkt. Sichere Versorgung» angenommen. Diese fordern die Erarbeitung eines Bundesgesetzes zum Elektrizitätsmarkt auf der Grundlage der unbestrittenen Bestimmungen des im September 2002 vom Volk abgelehnten EMG.

36 000 Tonnen Uran

(m) Uran galt bis 1950 als seltenes Element. In verschiedenen Weltgegenden wurden dann reiche Lagerstätten von Uranerz entdeckt. Grosse Vorkommen liegen in Kanada, Australien, Russland, USA und Südafrika. Während in den letzten zehn Jahren die Produktion in Australien und Kanada erheblich zunahm, wurde der Abbau in den USA und Frankreich massiv zurückgefahren. Die Welturanerzeugung betrug 2002 insgesamt 36 000 Tonnen (Quellen: BA für Geowissenschaften und Rohstoffe, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin).



Uranabbau in Niger (Bild Areva).

Eckpfeiler für die Schweizer Politik 2003–2007

(m/bk) Der Bundesrat hat den Bericht über die Legislaturplanung 2003–2007 am 25. Februar 2004 verabschiedet. Darin stellt er seine Strategie für die neue Legislatur in einer Gesamtschau dar. Drei Leitlinien für die Zukunft werden mit 9 Zielen und rund 50 Richtliniengeschäften konkretisiert: Wohlstand vermehren und Nachhaltigkeit sichern, demografische Herausforderungen bewältigen sowie Stellung der Schweiz in der Welt festigen.

Im Bereich Infrastrukturen wird der Bundesrat – im Einklang mit den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung – eine Strategie zur Zukunft der schweizerischen Netze entwickeln. Im Energiebereich liegt dabei die Priorität bei einer neuen Elektrizitätswirtschaftsordnung. Mit der neuen Elektrizitätswirtschaftsordnung soll – in Angleichung an die EU – eine Marktöffnung vorbereitet, die Wettbewerbsfähigkeit der Elektrizitätswirtschaft verstärkt und gleichzeitig die flächendeckende Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Wärmepumpen legen kräftig zu

(vse) Die Verkäufe von elektrischen Wärmepumpen sind – trotz einem gesamtwirtschaftlich keineswegs freundlichen Umfeld – erneut stark gestiegen: Mit 8766 Einheiten wurden im Jahr 2003 insgesamt 1123 Einheiten oder 14,9% mehr verkauft als im Vorjahr, wie die Fördergemeinschaft Wärmepumpen Schweiz (FWS) berichtet. Deutlich gestiegen sind insbesondere die Verkäufe von Wärmepumpen, die Luft als Wärmequelle verwenden, sowie auch der Anteil der Wärmepumpen im Umbaubereich. Damit ist die Nutzung erneuerbarer Energien mit Wärmepumpe weiterhin auf Erfolgskurs, und die Zeichen stehen gut, dass sie bis zum Jahr 2010 das von Energie-Schweiz gesetzte Ziel von 120 000 Einheiten gut erreichen bzw. sogar übertreffen wird.

Deutsche brauchten 1,5% mehr Strom

(vdew) Der Stromverbrauch in Deutschland aus dem Netz der allgemeinen Versorgung stieg 2003 um rund 1,5% auf 501 (2002: 493) Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Strom.

Der Anstieg wurde vor allem durch die Witterung verursacht: Der Stromverbrauch war wegen der kühlen Witterung zu Jahresbeginn im ersten Quartal 2003 um knapp 4% gestiegen. Der stärkere Einsatz von Kühl- und Klimatechnik habe während des heissen Sommers im dritten Quartal einen Verbrauchszuwachs von rund 2% bewirkt. Eher verbrauchs-dämpfend wirkte 2003 hingegen die schwache Konjunktur.

Die deutschen Stromversorger erzeugten 2003 mit 493 Mrd. kWh (2002: 482) gut 2% mehr Strom als im Vorjahr.

France: énergie nucléaire la meilleur marché

(sva) Avec des coûts de 2,8 centimes d'euro par kWh (cts/kWh), l'énergie nucléaire française est meilleur marché que le charbon (3,2 à 3,4 cts/kWh) et que le gaz (3,5 cts/kWh) pour la production d'électricité en charge de base, constate une étude publiée par la ministre française de l'industrie Nicole Fontaine.

Comme le souligne cette étude, l'avantage économique de l'électricité nucléaire est encore plus net si l'on tient compte également des coûts des émissions de CO₂ de 0,15 à 1,5 ct/kWh pour le gaz et le charbon. L'énergie nucléaire est par ailleurs moins dépendante que le charbon et le gaz des fluctuations des prix du combustible. L'étude prend comme horizons les années 2007 et 2015.

Europas Strompreise steigen weiter

In Europa steigen die Strompreise. Gemäss dem deutschen Energie Informationsdienst (EID)

EU-Ziel: 21% «Erneuerbare» beim Strom

(eu) Wie im Grünbuch der Europäischen Kommission über die Energieversorgungssicherheit dargelegt, besteht das Ziel der EU darin, den Anteil erneuerbarer Energiequellen am Bruttoinlandsverbrauch der Europäischen Union bis 2010 auf 12 % zu erhöhen. Hierzu wurden bedeutende Rechtsetzungsvorschläge angenommen. Die 2001 erlassene Richtlinie über erneuerbare Energien sieht als Leitziel für die erweiterte Union einen Anteil erneuerbarer Energien von 21% am Elektrizitätsverbrauch vor. Die Biokraftstoff-Richtlinie sucht bis 2010 einen Anteil der Biokraftstoffe im Verkehr von 5,75% zu erreichen.

sind in Frankreich die Strompreise für industrielle Abnehmer im Januar 2004 im Vergleich zum Januar 2003 um 11,6 Prozent gestiegen; für eine maximale Leistung von 50 MW um 12,6% und eine von 10 MW um 10,8%. In den Niederlanden stiegen die entsprechenden Preise sogar um 18,4% bzw. 15,7%. In Deutschland betrug der Anstieg 15,5% bzw. 15,4%, wie die Londoner Energy Advice in ihrer vierteljährlichen Umfrage für den EID ermittelte.

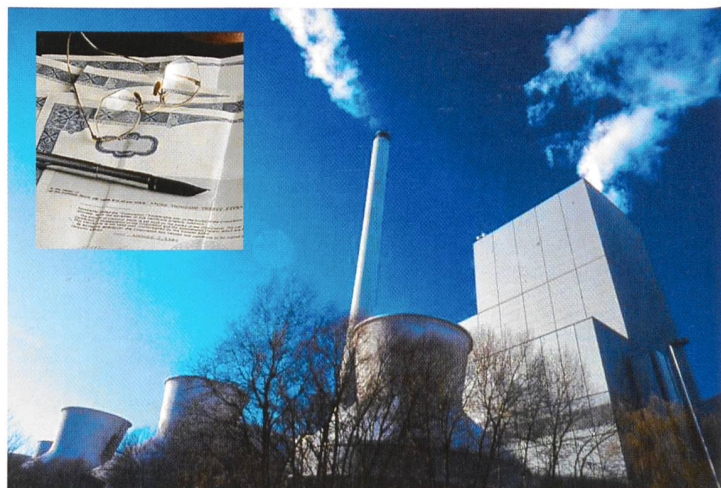
Auch in Italien, Schweden, Grossbritannien, Dänemark und Finnland seien die Strompreise für Abnehmer in der Industrie teilweise kräftig gestiegen. Die Preisbewegung nach oben spiegelt die Entwicklung an den Strombörsen wider, wo die Grosshandelspreise eindeutig nach oben tendieren. So ist an der EEX im Zeitraum zwischen Januar 2003 und Januar 2004 ein durchschnittlicher Preisanstieg von 30% festzustellen.

Weitere preistreibende Kräfte seien der politische «Drive» zu erneuerbaren Energien sowie die noch unbekannteren Auswirkungen des kommenden Emissionshandels, so EID.

AEW engagiert sich für den Naturschutz

(aew) Zusätzliche Isolationen aus Kunststoff und auch Vogelschutzhauben an Freileitungen der AEW Energie AG sichern im Reusstal und im Oberen Fricktal den Vogelbestand.

Wie in der freien Natur beobachtet werden kann, nutzen die Vögel gern die Stromfreileitungen als Sitzgelegenheit. Um die Vögel vor Schaden zu bewahren, werden an den gefährdeten Stellen zusätzliche Isolationen aus Kunststoff angebracht. Dies können über den Isolatoren montierte Hauben aus Isoliermaterial oder speziell isolierte Leiterseile sein (siehe Foto).



Preistreibende Emissionshandelszertifikate?

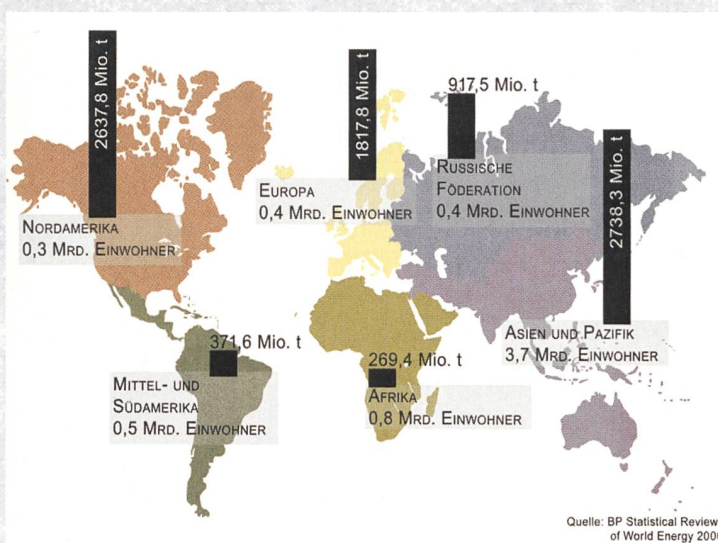
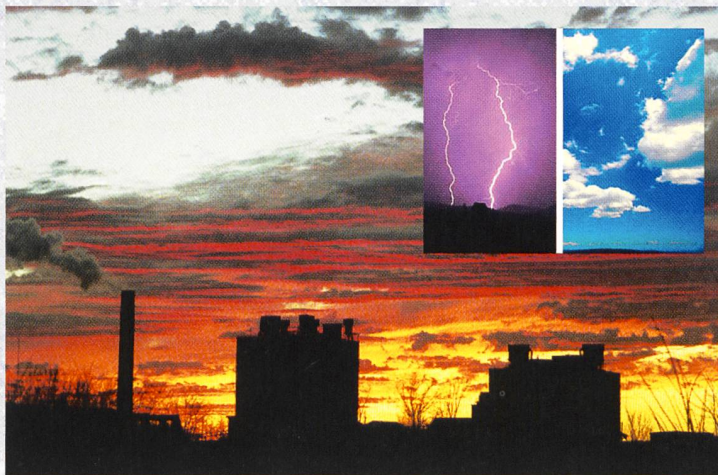
CO₂ aus Energieproduktion

Rund 80% der Treibhausgasemissionen sind auf den Verbrauch fossiler Energie zurückzuführen. Ohne einschneidende Massnahmen zur Verminderung des CO₂-Ausstosses werden bis 2030 die CO₂-Emissionen 70% über dem heutigen Niveau liegen. Laut Kyoto-Protokoll sollen die so genannten Annex-I-Länder ihre Treibhausgasemissionen bis zur ersten Verpflichtungsperiode 2008–2012 gesamt-haft um 5% unter dem Niveau von 1990 reduzieren (die Zielwerte einzelner Länder variieren zwischen –28% und +27%; der Zielwert der Schweiz ist –8%). Annex-I-Länder umfassen die Industriestaaten der OECD (ausser Mexiko und der Türkei), die osteuropäischen Transitionsländer, Russland und die Ukraine. Selbst das Einhalten der Zielwerte des Kyoto-Protokolls – was unwahrscheinlich ist – wird nicht genügen, um CO₂-Emissionen langfristig zu bremsen. Im Jahr 2000 lagen die CO₂-Emissionen der Annex-I-Länder dank dem massiven Rückgang des Energieverbrauchs in den ehemaligen Planwirtschaften etwa 1% unter dem Stand von 1990. Weltweit stiegen jedoch CO₂-Emissionen in den 90er-Jahren um über 12%, in Nordamerika um über 15%, während in Europa die Emissionen sich stabilisierten. Man wird deshalb Lösungen finden müssen, damit sowohl industrielle Grossmittenen wie die USA (24% des weltweiten CO₂-Ausstosses) als auch Entwicklungsländer, die zwei Drittel der CO₂-Emissionserhöhung bis 2030 beitragen werden, in einen internationalen Prozess zur Verminderung von Treibhausgasemissionen eingebunden werden können.

(Quellen: BFE und IEA/AIE)

Weltweite CO₂-Emissionen aus Energieproduktion beeinflussen das Klima.

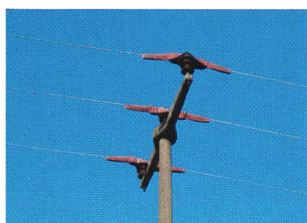
Weltweiter Energieverbrauch in Tonnen Öl-Einheiten (TOE/ Bild BWE, unten).



notiert

Solche Zusatzisolationen dienen gerade grösseren Vögeln als Schutz. Sie könnten Schaden erleiden, wenn sie mit ihren weiten Schwingen zwischen zwei Leitern geraten. Gleichzeitig kann es so zu einem Kurzschluss oder einem Erdschluss im Versorgungsnetz kommen.

Ausser diesen Aktivitäten an Freileitungen sind auch in exponierten Freileitungsanlagen analoge Massnahmen ergriffen worden, welche sukzessive weiterentwickelt werden.



Schutzhauben an Freileitungen.

Kein Schadenersatz wegen Blackout

(b) Der Bundesrat rechnet nicht damit, dass im Zusammenhang mit dem Stromausfall in Italien Schadenersatzforderungen an die Eidgenossenschaft gestellt werden. Der Betrieb der Netze liege in der alleinigen Verantwortung der Elektrizitätswerke, schreibt die Landesregierung zu einer Interpellation. Die Frage einer Staatshaftung könnte sich dann stellen, wenn ein Bundesangestellter Dritten widerrechtlich einen Schaden zufüge.

Öffentliche AG besteuern?

(s) Das Bundesgericht soll entscheiden, ob das im Jahr 2000 in eine Aktiengesellschaft umge-

wandelte Elektrizitätswerk Davos nun Steuern bezahlen soll. Der Kanton Graubünden will den Betriebsertrag besteuern. EWD AG

ist damit nicht einverstanden, da sich die AG im hundertprozentigen Besitz der Gemeinde der Landschaft Davos befindet.

Kühe «produzieren» Strom

(gs) Auf einem Erlebnisbauernhof der «Grünen Woche» in Berlin zeigte der Fachverband Biogas, wie bereits heute Kühe Energie für tausende von Haushalten produzieren könnten. So reichte der Dung der dortigen 15 Kühe aus, um vier Haushalte mit Strom zu versorgen. Heutzutage gibt es 2000 Biogasanlagen in Deutschland, die Strom für 500 000 Haushalte liefern. So sieht der Verband den Landwirt der Zukunft immer mehr als Energiewirt der weniger von den schwankenden Nahrungsmittelpreisen abhängig ist. Biogas ist ein Gemisch aus Methan (50 bis 75%), Kohlendioxid (25 bis 50%) sowie Spurengasen.

